

PRO ETHIK: FÜR EINEN
GEMEINSAMEN UNTERRICHT

DIALOGKULTUR STATT
PARALLELGESELLSCHAFTEN

GEMEINSAME ERFAHRUNGEN,
GEMEINSAME WERTE

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Sonderdruck - 58. Jahrgang

Mai 2008

Werteunterricht:

Ein Plädoyer "Pro Ethik"

Felicitas Tesch und Gerd Eggers: Widerstand gegen die Zerstörung des Ethikfaches

In Berlin ist Religionsunterricht seit dem zweiten Weltkrieg freiwilliges Unterrichtsfach und wird durch das Land Berlin finanziell und organisatorisch gefördert. Die Kirchen waren lange Zeit mit dieser Regelung einverstanden, haben aber seit Mitte der 1980er Jahre und besonders seit 1990 immer wieder und mit Unterstützung besonders der CDU versucht, die bewährte Trennung von Schule und Kirchen abzuschaffen und evangelischen bzw. katholischen Religionsunterricht zu einem ordentlichen Lehrfach zu machen, benotet und versetzungsrelevant. Als Vehikel dafür soll das von ihnen propagierte Wahlpflichtmodell Ethik/Religion dienen.

INNOVATION DURCH SPD-
PARTEITAGSBESCHLUSS

Nach mehr als 15 Jahren kontroverser Debatten in Berlin um Religions- und Ethikunterricht hat im April 2005 ein Bildungsparteitag unserer Partei nach gründlicher innerparteilicher Debatte mit großer Mehrheit die Einführung eines gemeinsamen LER- bzw. Ethikunterrichts für alle Schülerinnen und Schüler der 7. - 10. Klassen beschlossen. Ein solcher gemeinsamer Unterricht wurde und wird gerade für unsere multikulturelle Stadt als zeitgemäß und wichtig erachtet.

Im Beschluss des Parteitages heißt es: „Eine zeitgemäße, wertebezogene Bildung erfordert gerade in der pluralen Metropole Berlin integrative Unterrichtsformen, bei denen Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher politischer und religiöser bzw. weltanschaulicher Auffassungen sich GEMEINSAM mit Fragen der Werteorientierung, mit unterschiedlichen Weltreligionen, Weltanschauungen und Lebensauffassungen beschäftigen und im Dialog lernen, eigene Vorstellungen weiterentwickeln, fremde Auffassungen und Lebensformen zu respektieren und zu verstehen.“



Felicitas Tesch, seit 2000 Mitglied des Abgeordnetenhauses, ist bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Der SPD-Parteitagbeschluss wurde als innovativ bewertet und fand deshalb breite gesellschaftliche Zustimmung - insbesondere bei der mitregierenden PDS, bei

Bündnis 90/Die Grünen, der GEW, verschiedenen Fachverbänden von LER- bzw. Ethiklehrkräften, der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union und dem Humanistischen Verband, der in Berlin das weltanschauliche Fach Humanistische Lebenskunde anbietet. Das Schulgesetz wurde geändert und seit dem Schuljahr 2006/2007 wird Ethikunterricht, beginnend in den 7. Klassen flächendeckend als Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt.

ALLGEMEINE WERTEBILDUNG
FÜR ALLE

Ein wichtiger Aspekt der Begründung des gemeinsamen Ethikunterrichts war die Tatsache, dass zwar an den Grundschulen etwa drei Viertel der Schülerinnen und Schüler den freiwilligen Religions- und Lebenskundeunterricht besuchen, nach Errei-

Fortsetzung Seite 2

Dialogkultur statt Parallelgesellschaften

Bundesverfassungsurteil zum gemeinsamen Fach

Anfang 2007 hat das Bundesverfassungsgericht das Begehren einiger Eltern und Schüler zurückgewiesen, die eine Abmeldemöglichkeit vom Ethikunterricht wegen Teilnahme an einem evangelischen Religionsunterricht gerichtlich durchsetzen wollten.

In der Begründung der Entscheidung des Gerichts heißt es: „Der Ethikunterricht in seiner konkreten Ausgestaltung zielt [...] auf die Ausbildung einer dialogischen Gesprächskultur, in der Konsens angestrebt und Dissens akzeptiert und ausgehalten wird [...]. Dabei erfahren die Gesichtspunkte des Perspektivenwechsels, der unterschiedlichen Erfahrungswelten und der Empathie besondere Betonung [...]. Angestrebt wird mithin, dass

sich Schüler auch unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und Weltanschauung untereinander über Wertfragen austauschen. Angesichts dieser Unterrichtsziele durfte der Berliner Landesgesetzgeber im Ergebnis davon ausgehen, bei einer Separierung der Schüler nach der jeweiligen Glaubensrichtung und einem getrennt erteilten Religionsunterricht sowie einer Aufspaltung der Unterrichtsgegenstände auf verschieden andere Fächer oder der Möglichkeit der Abmeldung von einem Ethikunterricht könne den verfolgten Anliegen im Lande Berlin möglicherweise nicht in gleicher Weise Rechnung getragen werden wie durch einen gemeinsamen Pflicht-Ethikunterricht.“

(Entscheidung vom 15.03.2007 - 1 BvR 2780/06)

Fortsetzung von Seite 1

chen der Religionsmündigkeit aber nur noch ca. ein Viertel der Schüler an den Oberschulen an diesem Unterricht teilnehmen. Ein gemeinsames Unterrichtsfach zu Wertefragen wurde auch deshalb für alle Schülerinnen und Schüler gefordert, weil bekenntnisgebundener Unterricht, z.B. zum Christentum oder Islam, einen allgemeinbildenden und religiös-weltanschaulich neutralen Unterricht zu Fragen der Ethik, zu Religionen, Kulturen und Weltanschauungen nicht ersetzen kann.

Das wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass es in einem Wahlpflichtbereich Ethik/Religion sehr wahrscheinlich wäre, dass viele muslimische Kinder und Jugendliche dauerhaft an einem islamischen Religionsunterricht teilnehmen würden. So würden sie keinerlei systematische Grundbildung zu abendländischer Ethik und Grundwerten unserer Verfassung und zu anderen Religionen und Weltanschauungen erhalten. Die Gefahr einer kulturellen Ghettoisierung würde wachsen. Gerade dieser wichtige Begründungszusammenhang im Sinne unseres Parteitagebeschlusses wurde durch das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung gewürdigt.

GROSSE RÜCKSICHTNAHME

Obwohl die Berliner SPD bzw. die Regierungskoalition in sehr behutsamer Weise den gemeinsamen Ethikunterricht erst ab Klasse 7 eingeführt und so Rücksicht auf

den Religionsunterricht in der Grundschule genommen hat, setzten die Kirchen, die CDU und die FDP ihren Kampf gegen das Ethikfach fort. Nach dem Scheitern von Klagen und Verfassungsbeschwerden unterstützen sie die Initiative "Pro Reli", einen eingetragenen Verein unter Vorsitz eines verhinderten CDU-Kandidaten für das Abgeordnetenhaus. Diese startete Ende 2007 ein Volksbegehren und kündigt einen Volksentscheid an, der nach ihrem Willen zu einem Wahlpflichtbereich Ethik/Religion führen soll, verbunden mit der Aufhebung der Trennung von Schule und Kirchen. Sieht man sich die Argumente näher an (www.pro-reli.de), wird eine Sicht auf Schule und Bildung sehr deutlich: nur konfessionelle Interessen sind wirklich im Blick. Eine detaillierte Analyse dazu hat die Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union auf ihrer Website veröffentlicht (www.humanistische-union.de 'Themen' Staat / Religion / Weltanschauung)

"PRO ETHIK": FÜR EINEN GEMEINSAMEN UNTERRICHT

In seiner Stellungnahme zum Volksbegehren gegen den gemeinsamen Ethikunterricht hat der Senat die große Bedeutung des Ethikfaches für die schulische Bildung in Berlin hervorgehoben und das Ansinnen von Pro Reli zurückgewiesen.

Unter anderem heißt es in der Vorlage an das Abgeordnetenhaus: "Es entspricht nach wie vor der Auffassung des Senats, dass die durch das Fach Ethik beabsichtigte

Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I auf das Zusammenleben in einer säkularen Gesellschaft, in der viele Religionen und Weltanschauungen Formen eines friedlichen und fruchtbaren Zusammenlebens praktizieren müssen, in besonderer Weise dadurch begünstigt wurde, dass alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam an diesem Fach teilnehmen. Die aus der Wahlmöglichkeit resultierende Trennung der Schülerinnen und Schüler wäre dem wichtigen bildungspolitischen und erzieherischen Anliegen, einen Raum für ein gemeinsames Gespräch über Grundlagen des Lebens und die Verständigung unter Andersdenkenden zu fördern, abträglich." (Drucksache 16/1135).

Bereits im Vorfeld der schulgesetzlichen Einführung des Ethikfaches hatte sich Ende 2005 das FORUM Gemeinsames Wertefach für Berlin unter Schirmherrschaft von Walter Momper gegründet. Dieses Forum, das durch einen Kreis von Bildungspolitikerinnen der SPD, der Linkspartei, von Bündnis 90/Die Grünen und Vertretern der GEW und anderer Organisationen koordiniert wird, hat in den letzten Jahren eine Reihe konstruktiver Beiträge bzw. Vorschläge zur Ausgestaltung des Ethikfaches eingebracht und arbeitet derzeit daran, ein "Netzwerk ProEthik" zur Verteidigung des gemeinsamen Ethikunterrichts zu schaffen.

Dieses Netzwerk wird dafür Sorge tragen, dass in der Öffentlichkeit über die Bedeutung des innovativen Ethikfaches und die leichtgewichtigen Argumente seiner Gegner aufgeklärt wird. Das FORUM geht davon aus, dass aus dem Netzwerk zu einem geeigneten Zeitpunkt ein breites gesellschaftliches Bündnis wird, welches schließlich erreicht, dass "Pro Reli" im Volksentscheid scheitert, weil allgemeine Bildungsinteressen durch die Bevölkerung höher bewertet werden als konfessionalistische Sonderinteressen.

Dr. Felicitas Tesch und Gerd Eggers □

Lesen, was läuft:**Die Berliner Stimme im Abonnement**

Ja, ich abonniere die Berliner Stimme

- als gedruckte Ausgabe per Post zum Jahrespreis von 30,15 Euro
 als E-Mail-Version zum Jahrespreis von 25,05 Euro
 als E-Mail-Version zum ermäßigten Jahrespreis von 19,95 Euro (Schüler, Studenten etc.)

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Mailadresse: _____

Konto: _____ BLZ: _____

Unterschrift: _____

Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb von 14 Tagen durch eine Mitteilung an die Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, rückgängig machen kann.

2. Unterschrift: _____

Absenden an: Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Fax: 4692 240

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin